



Kiel, 6. Dezember 2018
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1154
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 45. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 5. Dezember 2018, 13:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 13:05 Uhr

1. Fachgespräch mit Herrn Dr. Christian Pfeiffer mit Bezug auf die Studie „Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland - Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer“

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1347](#)

Der Ausschuss nahm einen Vortrag des Sachverständigen Dr. Christian Pfeiffer entgegen, an den sich eine ausführliche Diskussion anschloss.

2. Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2010 zum Sachthema Windenergie

Schreiben des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration

[Umdruck 19/1538](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums entgegen.

3. Änderung des Aufenthaltszwecks für gut integrierte Asylbewerberinnen und Asylbewerber ermöglichen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/154](#)

Einwanderungsgesetz des Bundes vorantreiben

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/206](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/1737](#)

Im Anschluss an eine Diskussion fand der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Umdruck 19/1737](#), in geänderter Fassung gegen die Stimme der AfD die Zustimmung des Ausschusses. Dieser empfahl dem Landtag gegen die Stimme der AfD mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen und des SSW, den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/206](#), in geänderter Fassung anzunehmen. Mit der Zustimmung des Antragstellers empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der AfD dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/154](#), für erledigt zu erklären.

4. Geschlechtliche Selbstbestimmung für alle Menschen verwirklichen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/929](#)

Verwirklichung der menschlichen Selbstbestimmung umsetzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/976](#)

Der Ausschuss beriet im Ergebnis in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Sozialausschuss abschließend über die Vorlage. Er beschloss mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und des SSW, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/929](#), dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen. Des Weiteren beschloss er bei Enthaltung der Fraktion der AfD mit den Stimmen der übrigen Fraktionen und des SSW, dem Landtag zu empfehlen, den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/976](#), anzunehmen.

5. Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1722](#)

Einstimmig stimmte der Ausschuss dafür, die Landesregierung darum zu bitten, bis zum 11. Dezember 2018 ihre Bereitschaft zu erklären, die in [Umdruck 19/1722](#) begehrten Akten dem Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 19. Wahlperiode vorzulegen. Andernfalls wird sich der Ausschuss in einer Sondersitzung am 13. Dezember 2018 erneut mit dem Tagesordnungspunkt und dem Aktenvorlagebegehren der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/1722](#), befassen.

6. Verschiedenes

- a) Der Ausschuss setzte als Termin für eine Sondersitzung während des Plenums, um zwischen der Ersten und Zweiten Lesung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „IT-Verbund Schleswig-Holstein“, [Drucksache 19/1084](#), zu beraten, den 13. Dezember 2018, 14 Uhr, fest. Die kommunalen Landesverbände werden gebeten, bis zu der oder in der Sitzung eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf abzugeben.
- b) Die Ausschussmitglieder einigten sich darauf, die für den 19. Dezember 2018 vorgesehene Sitzung ausfallen zu lassen und mit der Sitzung am 16. Januar 2019 für die ganztägige mündliche Anhörung zur [Drucksache 19/896](#) - eSport auch in Schleswig-Holstein fördern - bereits um 9 Uhr zu beginnen.

Schluss: 16:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder